

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 06 / 2015

www.spd-nuernberg.de

INTERVIEW

Martina Mittenhuber

Nur wer Menschenrechte kennt, kann sie einfordern und verteidigen!

Seiten 4 und 5

AUS DEM LANDTAG

Ein SPD-Abgeordneter begibt sich ins Dunkel

Arif Tasdelen macht sich mit einer Simulationsbrille persönlich mit Blindenleitsystem vertraut.

Seite 10

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser,



es ist gute Sitte, dass sich die Politik nicht in laufende Tarifverhandlungen einmischt. Das gilt auch für den Streik der Erzieherinnen und Erzieher. Ich halte es aber für wichtig, dass wir eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Situation von Sozial- und Erziehungsberufen führen. Eine bessere Anerkennung und Bezahlung dieser ist richtig und überfällig.

Für bedenklich halte ich zudem, dass vor allem in den sogenannten „Frauenberufen“ im Schnitt viel schlechter bezahlt wird als in vermeintlichen „Männerberufen“. Es wäre ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit, wenn diese Lohnschere zusammengehen würde.

Die Situation der vielen finanzschwachen Kommunen dürfen wir allerdings nicht vergessen. Grundsätzlich muss eine gute frühkindliche Bildung eine Gemeinschaftsaufgabe aller politischen Ebenen werden. Es ist deshalb unerlässlich, dass auch der Bund in einem ersten Schritt weitere finanzielle Spielräume für die Städte und Gemeinden schafft. Mehr Geld für die Flüchtlingsbetreuung und -unterbringung wäre zum Beispiel ein konkreter Schritt in die richtige Richtung!

Euer

Thorsten Brehm

Zielperspektiven Frankenschnellweg



Bildquelle: Stadt Nürnberg

VON CHRISTIAN VOGEL

■ Am 27. April 2015 war es endlich so weit: Ich durfte die Ausstellung „Zielperspektiven – Frankenschnellweg“ auf AEG eröffnen. Zum ersten Mal wurden die acht Bilder der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie zeigen den Frankenschnellweg so, wie er nach dem Ausbau aussehen könnte. Zu sehen sind keine technischen Details, sondern viel Grün.

Wie sind diese Zielperspektiven entstanden?

Der Ausbau des Frankenschnellwegs ist das größte innerstädtische Infrastrukturprojekt Bayerns. Hier arbeiten viele Akteure mit und viele Interessen müssen berücksichtigt werden. Am Ende muss dennoch eine stau-

und gefahrfrei funktionierende Straße entstehen, die ein einheitliches Erscheinungsbild hat. In vier Workshops hat sich die Stadt Nürnberg mit einem Architektur- und Designbüro aus München diesem einheitlichen Erscheinungsbild gewidmet. Nicht im stillen Kämmerchen, sondern gemeinsam mit Bürgervereinen, der Wirtschaft, Planern, Ausführenden und der Politik haben wir Richtlinien für die spätere Gestaltung entwickelt. Zuerst haben wir den Frankenschnellweg mit seinen anliegenden Stadtvierteln genau betrachtet. Welche Gegebenheiten finden wir hier vor? Was ist hier historisch passiert? Und was wünschen wir uns genau für diesen Stadtteil? Daraus ist zum Beispiel der Wunsch entstanden, den Alten Kanal, **(weiter auf Seite 2)**

(Fortsetzung von Seite 1)

auf dessen Trasse der jetzige Frankenschnellweg verläuft, wieder erkennbar zu machen. So tauchen nun entlang des gesamten Frankenschnellwegs ange-deutete Ufermauern auf.

Die Ideen wurden vom Architekturbüro Langhuggerramp strukturiert und in Zeichnungen und im Gestaltungshandbuch festgehalten. Beides dient

als Leitplanke für die spätere Gestaltung, die Spielraum für die Ausarbeitung und für die Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern lässt.

Ausstellung Zielperspektiven

Ein schöner Nebeneffekt, den die Bilder haben, ist, dass sie jeder Nürnbergerin und jedem Nürnberger eine Vorstellung vom künftigen Frankenschnellweg geben. Bereits bei der Präsentation

der Zielperspektiven Ende April konnte ich sehen, wie die Bilder zu gemeinsamen Diskussionen anregen. Personen, die sich noch kaum mit dem Projekt Frankenschnellweg beschäftigt hatten, konnten sich eine Meinung bilden und ihre Vorstellungen äußern. Die Zielperspektiven sind ab 30. Juni 2015 in den Schaufenstern des ehemaligen Kaufhofs am Aufseßplatz erneut zu sehen. ■

Wirtschaftsspionage wäre „Staatsaffäre“

SPD fordert stärkere parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste

VON TIM KOSS

■ SPD-Vorsitzender und Wirtschaftsminister Gabriel macht weiter Druck für die schnelle und umfassende Aufklärung der Spionageaffäre: „Wir müssen den Verdacht, dass der BND den amerikanischen Diensten beim Ausforschen deutscher Unternehmen geholfen hat, schnellstens ausräumen. Das wäre eine Staatsaffäre.“

Wer wurde ausspioniert?

Der Bundesnachrichtendienst (BND) soll dem US-Geheimdienst NSA über Jahre hinweg möglicherweise unwissentlich geholfen haben, europäische Unternehmen und Politiker auszuforschen. Dazu soll die NSA dem BND Listen mit Tausenden Suchwörtern (Selektoren) übermittelt haben. Das Parlamentarische Kontrollgremium und der NSA-Un-



Bad Aibling Station - wurde hier Wirtschaftsspionage betrieben?

Foto: Dr. Johannes W. Dietrich

tersuchungsausschuss des Bundestages verlangen seit Wochen Einblick in diese Listen. Das Kanzleramt wartet bisher aber auf eine Erlaubnis der Amerikaner.

Die Rechte des Bundestags wahren

„Wir müssen die gesamte Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes einer de-

mokratischen Kontrolle unterwerfen“, fordert Bundesjustizminister Maas in der Welt am Sonntag. Eine deutsche Behörde habe sich an deutsche Grundrechte zu halten, auch für Geheimdienste dürfe es „keine rechtsfreien Räume geben“, sagt Maas. ■

Naturerlebnis östliches Pegnitztal - Spaziergang mit der SPD-Stadtratsfraktion

am Dienstag, 23.06.2015, um 17:00 Uhr (Dauer ca. 2 Std.) – Treffpunkt: Endhaltestelle Erlenstegen

Die Ausweisung des Pegnitztal-Ost zum Naturschutzgebiet wird in der Öffentlichkeit heiß diskutiert. Wir wollen uns direkt vor Ort ein Bild machen: Was macht das Pegnitztal-Ost so wertvoll? Was ist zu bedenken? Was halten wir für notwendig? Wir haben dafür kompetente Begleiter an unserer Seite: den für das

Pegnitztal-Ost zuständigen Naturschutzwächter Roland Straub und den Leiter des Umweltamts Dr. Klaus Köppel. Außerdem sind mit dabei: Dr. Anja Pröbß-Kammerer (Fraktionsvorsitzende), Christine Kayser (umweltpolitische Sprecherin) und Mitglieder aus unserer Fraktion

Die Arbeit der Zukunft gestalten wir

1. Mai 2015 – DGB-Kundgebung

VON KURT REINELT UND ELKE HÄRTEL

„Barrierefrei in Bayern – Wir brauchen dringend weitere Fortschritte – Barrierefreiheit ist eine zentrale Aufgabe für ein soziales und modernes Bayern“ so das Thema der BayernSPD und der AfA Nürnberg zum 1. Mai. Abgeordnete, Stadträtinnen und Stadträte informierten Bürgerinnen und Bürger am Stand der SPD – mit rund 5.000 Teilnehmern am Kornmarkt – ein voller Erfolg trotz einiger Regenwolken.

„Unseren Feiertag gibt es im 125. Jahr und auch zum Jubiläum gehen den Gewerkschaften die Themen nicht aus“, versichert Stephan Doll. Der gesetzliche Mindestlohn sei zwar nun eingeführt, müsse aber energisch verteidigt werden. Nachdem der Mindestlohn seit dem 1. Januar 2015 noch nicht einmal ganz drei Wochen in Kraft war, wurden von Seiten der Wirtschaft und ihrer politischen Helfershelfer bereits erste Klagen laut. Der DGB-Chef betont, dass die Rede vom „Bürokratiemonster“ heillos übertrieben ist.

„Die Zukunft der Arbeit gestalten wir“ Adios Lohndumping – Moin, Moin Mindestlohn!

Nach den Grußworten von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Dekan Christian Kopp betonte Hauptredner Prof. Dr. Rudolf Hickel zum Thema Mindestlohn „Wo sind Hans Werner Sinn und der Sachverständigenrat, die den Abbau von über 200.000 Arbeitsplätzen prognostiziert haben? Entschuldigt euch oder schweigt einfach endlich.“ „Der Mindestlohn von

lich, dass sich die EU zu einer Beschäftigungs- und Infrastrukturunion mit starken öffentlichen Investitionen entwickeln muss.

Zum Abschluss forderte Jaqueline Perinet von der Jugend- und Auszubildendenvertretung der Firma Excella und DGB-Gewerkschaftsjugend mehr betriebliche und betriebsnahe Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen. „Die Abschaffung von Bildunggebühren jeglicher Art ist wichtig, wir



8,50 EUR ist aber in vielen Fällen nicht existenzsichernd – er muss angemessen immer wieder erhöht werden.“ Mit Blick auf Europa machte er deut-

wollen öffentliche Bildung, Ländersache für jedermann und ein Berufsbildungsgesetz auch in Bayern!“ ■

Karl-Heinz-Hiersemann-Preis

Die MittelfrankenSPD würdigt auch im Jahr 2015 die Arbeit von Jugendlichen, Jugendgruppen und SchülerInnen aus Mittelfranken, die sich besondere Verdienste bei der Völkerverständigung, dem Aufbau einer lebendigen Demokratie oder im Einsatz gegen Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus erworben haben.



Die Preisverleihung erfolgt im September in Erlangen, als Gastredner wird Franz Müntefering sprechen. Eine Bewerbung ist noch bis 10. Juni möglich, nähere Informationen findet Ihr unter www.spd-nuernberg.de

Capricci – eine Gedankenreise – Arbeiten von bruno da Todi

Einzelausstellung im Zeltner Schloss Nürnberg

bruno da Todis Werke sind mal ironische, mal ernsthafte Betrachtungen über unser Tun, über das Leben, über das Universum und über uns Menschen als kleine Gestrandete auf dem winzigen Sandkorn Erde. Immer wieder thematisiert bruno da Todi auch die Menschenrechte und dokumentiert deren zahllose Verletzungen.

Die Ausstellung ist noch bis zum 11.06.2015 zu sehen.

Öffnungszeiten: Di., Mi., Do., 12 bis 18 Uhr, vom 24.5. bis 7.6. geschlossen.

Am Do., 11.06.15 führt bruno da Todi ab 18 Uhr persönlich durch die Ausstellung.

Ort: Kulturladen Zeltner Schloss, Gleißhammerstr. 6, 90480 Nürnberg – Der Eintritt ist frei
Bus 43/44, Haltestelle Bürgerstraße

Veranstalter: Kulturladen Zeltner Schloss

„Nur wer die Menschenrechte kennt, kann sie einfordern und verteidigen!“

Martina Mittenhuber im dsp-Gespräch

■ *dsp: Liebe Frau Mittenhuber, geben Sie zu Beginn des Gesprächs bitte den LeserInnen einen Überblick über Ihre Arbeit.*

Martina Mittenhuber: Der Stadtrat hat sich 2001 aufgrund der besonderen geschichtlichen Verantwortung Nürnbergs zur aktiven Verwirklichung der Menschenrechte verpflichtet. Das Menschenrechtsbüro hat die Aufgabe, die Menschenrechtsidee als Leitlinie kommunalpolitischen Handelns in Nürnberg zu implementieren.

Unsere Aufgabe ist es, Entscheidungen von Kommunalpolitik und Verwaltung zu reflektieren, Defizite aufzuzeigen, Initiativen anzustoßen und die Zivilgesellschaft zu ermuntern, eine gelebte Kultur der Menschenrechte zu etablieren. In unserem Selbstverständnis sind wir deshalb auch Bindeglied zwischen Kommunalpolitik und -verwaltung sowie der Zivilgesellschaft.

Wir koordinieren die Umsetzung der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ und den „10-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“. Im Zentrum unserer Aktivitäten steht ein an Humanität und sozialem Ausgleich orientiertes Zusammenleben. Die verletzlichsten und benachteiligten Gruppen sind Maßstab unseres Handelns, wenn es darum geht, den Menschenrechten innerhalb der Verwaltung Geltung zu verschaffen. Wachsende Bedeutung kommt unserer Antidiskriminierungsstelle zu, die nicht nur Hilfe im Einzelfall anbietet, sondern auch den Abbau institutioneller und struktureller Diskriminierung sowie präventives Handeln im Blick hat. Letzteres umfasst Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, das Formulieren von Selbstverpflichtungen und die Würdigung guter Beispiele.

Ein weiteres zentrales Aufgabenfeld ist die Menschenrechtsbildung. Nicht nur für die KollegInnen in der Stadtverwaltung, sondern auch für viele andere Berufsgruppen wie den Pflegebereich,

Polizei und Bundeswehr haben wir maßgeschneiderte Programme entwickelt.

Die Menschenrechtsarbeit Nürnbergs ist nicht auf den lokalen Aktionsradius beschränkt: Alle zwei Jahre wird der Internationale Nürnberger Menschenrechtspreis verliehen. Er würdigt Personen oder Gruppen, die sich in vorbildlicher Weise und oft unter persönlichen Risiken für die Achtung dieser Rechte einsetzen. Die Entscheidung über die



Martina Mittenhuber

Preisträger trifft eine hochkarätige, internationale Jury. Der Preis soll zur Durchsetzung der Menschenrechte beitragen und gefährdete Verteidiger dieser Rechte schützen.

Zuletzt ist das Menschenrechtsbüro auch Gründungsmitglied dreier Netzwerke, die auf unterschiedliche Weise eine Menschenrechtskultur auf lokaler Ebene fördern und praktische Handlungsvorschläge gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit aufzeigen.

Das Thema Asyl beschäftigt die Menschen. Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Martina Mittenhuber: Eine große Herausforderung ist derzeit die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen. Dazu gehört für mich auch die Berücksichtigung besonders schutzbedürftiger Gruppen wie alleinstehender Frauen und LSBTI-Personen. Bei allem Aufwand sollte man über die private Unterbringung von Asylsuchenden nachdenken. Absolut defizitär sind wir

momentan beim Thema Sprach- und Integrationskurse. Diese sollten frühzeitig ermöglicht werden, denn sie vermitteln Ressourcen, die unabhängig von einer Bleibeperspektive wertvoll sind. Die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende und ein erleichteter Zugang zu Arbeit und Ausbildung sind aus meiner Sicht nicht nur humanitär geboten, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Perspektivisch muss ein „Spurwechsel“ zwischen Asyl und arbeitsmarktinduzierter Zuwanderung geschaffen werden.

Unter dem Titel „Nürnberg hält zusammen“ setzt Nürnberg ein Zeichen gegen das Auftreten von „Pegida“-Ablegern. Wie läuft die Aktion bisher und wie geht es weiter?

Martina Mittenhuber: Unser OB hat unmittelbar nach dem Auftreten von Pegida und Nügida ein breites gesellschaftliches Bündnis geschmiedet. Man war sich schnell einig, dass die Hetze von Rechtsextremisten und -populisten gegen Minderheiten und Versuche der Ausgrenzung und Diskriminierung nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Deshalb rufen unterschiedliche Akteure zu Gegenkundgebungen und kreativen Aktionen auf. Wir sind aber auch der Auffassung, dass die zivilgesellschaftliche Agenda nicht von einer kleinen Gruppe von Radikalierten diktiert werden kann.

Wir setzen deshalb gleichermaßen auf Aktivitäten und Signale, die zeigen, dass Vielfalt in unserer Stadt nicht nur eine Realität, sondern ein Mehrwert ist und dass wir bereit sind, an deren positiver Gestaltung mitzuwirken. Die Formate sind höchst unterschiedlich: von der Großkundgebung über ein Picknick der Vielfalt bis hin zu einem Zug der Religionen. Unterschiedliche Anbieter entwickeln Bildungsprogramme, die sich mit dem interkulturellen Zusammenleben oder dem Umgang mit Vorurteilen

und menschenfeindlichen Haltungen beschäftigen. Viele der Aktivitäten werden in Kooperationen und Partnerschaften angelegt. Dies allein zeigt oft schon die Bereitschaft zum Austausch und zum Wertschätzen des anderen.

Welche Menschenrechtsverletzungen gehen Ihrer Meinung nach unter?

Martina Mittenhuber: Mir fallen spontan zwei Beispiele ein. Die Situation unseres Menschenrechtspreisträgers Abdolfattah Soltani im Iran hat sich nach der Regierungsübernahme durch Hassan Rohani im August 2013, trotz großer Hoffnungen in ihn, nicht verbessert. Leider überlagern die Atomverhandlungen mit dem Iran derzeit menschenrechtliche Anliegen.

Der Journalist und Blogger Liu Dejun, der seit gut einem Jahr als writer in exile in Nürnberg lebt und von uns betreut wird, berichtet von zunehmender Zen-

der Aufklärung der NSU-Taten, insbesondere die falschen Verdächtigungen der Opfer und ihrer Familien. Unter anderem wurden größere Anstrengungen gegen Rassismus, die effektive Bekämpfung rassistischer Straftaten, Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierung in den sozialen Rechten (Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheitsvorsorge, Wohnungsmarkt), ein Verbot von Ethnic Profiling durch die Polizei und die Bekämpfung rassistischer Hassreden gefordert. Auch die Stärkung der Menschenrechte von Frauen, gerade die Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, von Flüchtlingen und Migranten und von Menschen mit Behinderungen sowie mehr Anstrengungen gegen Diskriminierung aufgrund Religion, Alter und sexueller Identität wurden an die Bundesregierung adressiert. Wenn auch viele der ausgesprochenen Empfehlungen recht abstrakt gehalten wa-

lichen Position zur Gewährleistung und zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet. Und es gibt die Möglichkeit, sich für verletzte Gruppen wie Flüchtlinge, Kinder, alte oder behinderte Menschen zu engagieren.

Welche Agenda hat das Menschenrechtsbüro in nächster Zeit?

Martina Mittenhuber: Ausbau und Professionalisierung bestehender Angebote stehen ganz oben auf der Agenda. Die Zusammenlegung von Menschenrechts- und Frauenbüro gab uns den Auftrag, Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsstrategien stärker zu verzahnen. Erforderlich sind z.B. die Bündelung und Intensivierung kommunaler Maßnahmen zur Anerkennung vielfältiger sexueller Identitäten und gleichgeschlechtlicher Lebensformen, zu den diskriminierenden Auswirkungen traditioneller männlicher Rollenzuweisungen und zu alten und neuen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hierzu sind wir vor allem als Geschäftsstelle der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg gefordert. Und wir werden das Thema unseres diesjährigen Menschenrechtspreisträgers – faire Produktionsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie – vielfältig bearbeiten.



Seminar zur Menschenrechtsbildung in der Straße der Menschenrechte mit Angehörigen der Bundeswehr, Rechte: MRB

sur und Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit in seiner Heimat. Wir wissen, dass die chinesische Sicht auf die Menschenrechte sich in vielen Punkten von der westlichen unterscheidet. Gleichwohl sind viele Rechte, die dort augenblicklich verletzt werden, nicht verhandelbar. Menschenrechte dürfen nicht der Staatsräson von Einheit und Stabilität Chinas untergeordnet werden.

Welche Menschenrechtsverletzungen gibt es in Deutschland?

Martina Mittenhuber: Deutschland muss in regelmäßigen Abständen (zuletzt 2013) vor dem UN-Menschenrechtsrat Rede und Antwort stehen. Dort kamen durchaus Defizite zur Sprache. Dazu gehörten die gravierenden Fehler bei

ren, hat ein Teil davon – wie die Frauenquote in Aufsichtsräten - Einzug in die politische Diskussion gefunden.

Was kann jeder von uns tun?

Martina Mittenhuber: Die allermeisten Menschen sind empfindsam und haben ein Gespür für Ungerechtigkeit. Dass der Menschenrechtskatalog weit mehr umfasst als das Folterverbot und die Meinungs- und Pressefreiheit, wissen leider nur wenige. Das Wissen steht für mich an erster Stelle, denn nur wer die Menschenrechte kennt, kann sie einfordern und verteidigen. Dies beginnt bei einem respektvollen Umgang mit den Mitmenschen, dem kritischen Reflektieren eigener Vorurteile, dem Zeigen von Zivilcourage in Konfliktsituationen. Viele sind aufgrund ihrer beruf-

Vor 20 Jahren wurde der Nürnberger Menschenrechtspreis erstmals vergeben. Wie wird das Jubiläum begangen?

Martina Mittenhuber: Wir haben zur diesjährigen Preisverleihung am 27.9. frühere PreisträgerInnen sowie ehemalige Jurymitglieder eingeladen. Viele haben bereits zugesagt, so Fatimata M'Baye, Hollman Morris und Kasha Nabagesera. Für uns stellt sich immer wieder die Frage nach der Wirkung unseres Preises: Hilft er den Ausgezeichneten oder bringt er sie noch mehr unter Druck? Und natürlich interessieren uns deren Projekte, die wir ja größtenteils noch heute unterstützen. War der Internationale Nürnberger Menschenrechtspreis 1995 noch einzigartig, so gibt es fast 100 solcher Auszeichnungen weltweit. Wie erhalten wir also die hohe Reputation, die unser Preis noch immer genießt? ■

Vielfahrer werden belohnt

Stadtrat beschließt neues Tarifmodell für die VAG

VON DR. A. PRÖLSS-KAMMERER UND TH. BREHM

■ Die wirtschaftliche Lage des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Deutschland wird zunehmend schwieriger. Bund und Land ziehen sich vermehrt aus der Finanzierungsverantwortung zurück. Dieser Entwicklung kann sich auch die VAG nicht entziehen, die deshalb mit einem steigenden Jahresdefizit über 70 Millionen Euro zu kämpfen hat. Der Stadtrat hatte deshalb die Einführung eines Stadttarifs in zwei Stufen beschlossen. Auf Drängen der SPD wurde zusammen mit der CSU ein Aussetzen der zweiten Stufe beschlossen, um eine Alternative zu der 7%igen Preiserhöhung zu entwickeln.

Tarifprojekt zeigt Alternativen auf

Zusammen mit einem externen Sachverständigen entwickelte die Stadtverwaltung ein neues Tarifmodell, das durch attraktivere Tarife mehr Menschen an den Nahverkehr binden soll. Die SPD-Jahreshauptversammlung beschloss dafür am 14. März 2015 entsprechende Eckpunkte, die in das neue Modell eingeflossen sind. Die Grundidee ist, Kunden deutlich stärker als bisher über Zeitkarten an die VAG zu binden und diese über entsprechende Rabattierungen zu belohnen.

Und so sehen die wichtigsten Ergebnisse des Tarifprojektes aus:

- Es wird ein deutlich günstigeres Jahresticket ab 9 Uhr für 35 Euro im Monat geben. Das sind rund 10 Euro weniger als bisher! Gerade in weniger stark frequentierten Zeiten sollen so mehr Menschen dazu bewogen werden, die Öffentlichen zu nutzen. Für Familien und gemeinsame Haushalte wird es die Möglichkeit zu einem Partner-Abo geben, bei dem das zweite Abo deutlich günstiger wird.
- Da gerade viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das günstige 9-Uhr-Ticket möglicherweise nicht in

Anspruch nehmen können, war es uns wichtig, auch für diese Gruppe eine Verbesserung zu erreichen. Dies ist auch gelungen: Das heutige VGN-FirmenAbo soll auch für kleinere Unternehmen schon ab dem ersten Beschäftigten geöffnet werden.

■ Endlich gelingt mit der Tarifreform auch die Einführung einer Schülermonatskarte für 25 Euro (Sekundarstufe I) bzw. 35 Euro in der Sekundarstufe II. Wir wissen aus vielen Kinder- und Jugendversammlungen wie wichtig den jungen Menschen in unserer Stadt dieses Thema ist und freuen uns umso mehr, dass es hier nun zu einem Durchbruch kam. Auch damit entlasten wir Familien finanziell.

■ Um die beschriebenen deutlichen Rabattierungen bei den Zeitkarten zu ermöglichen und die Vielfahrer zu belohnen, müssen wir die Preise für die Einzeltickets spürbar erhöhen (3 Euro). Wir denken dabei aber auch an die Gelegenheitsfahrer. Wer den erhöhten Einzelpreis vermeiden möchte, kann sich die im Vergleich zur Einzelfahrt zukünftig deutlich rabattierte Mehrfahrtenkarte kaufen. Hier kostet dann die Einzelfahrt nur rund 2,60 Euro. Der Preissteigerung bei der Einzelfahrt können also auch diejenigen, die nur gelegentlich mit den ÖPNV fahren, leicht ausweichen. Einfach eine Mehrfahrtenkarte kaufen.

■ Die Kurzstrecke wird im Preis gesenkt, dafür wird sie auch zu einer echten „Kurzstrecke“. In Zukunft wird sie für vier Haltestellen bei Bus und Tram sowie für zwei Haltestellen mit der U-Bahn gültig sein.

■ Die Tagestickets, die zumeist von Gästen und Touristen benutzt werden, werden teurer. Die VGN-Tagestickets,

die für den Freizeitverkehr in die Region wichtig sind, bleiben von der Anpassung aber unberührt.

■ Die regulären Jahresabos werden im Preis strukturell nicht erhöht und bleiben damit attraktiv. Die Mobicards bleiben mit ihren Sonderkonditionen günstig, werden nun aber (mit Ausnahme der 7-Tage-Karte) im Jahresabo angeboten.

■ Das NürnbergPass-Ticket, mit dem man bereits ab 8 Uhr fahren kann, bleibt billiger als das Monatsticket mit



Foto: VAG - Claus Felix

Ausschlusszeit. Dafür haben wir uns eingesetzt. Mit 30,80 Euro bleibt es im Preis stabil und unterliegt damit auch nicht den beschlossenen turnusmäßigen Erhöhungen.

Erhöhung der Parkgebühren zur Gegenfinanzierung

Wichtig sind aus unserer Sicht auch flankierende Maßnahmen zum Tarifmodell wie die Parkgebühren. Diese blieben seit 1996 auf dem gleichen Niveau, die VAG-Preise bekanntlich nicht. Diese Ungleichbehandlung ist aus unserer Sicht nicht zu vermitteln oder zu begründen. Die Parkgebühren werden deshalb im Innenstadtbereich auf 2,50 EUR und im restlichen Stadtgebiet auf zwei EUR pro Stunde erhöht. Die Mehreinnahmen im Haushalt werden dringend benötigt. Nur so können auch attraktive Angebote wie z. B. das Schülerticket, welches von Seiten der Stadt

bezuschusst werden muss, finanziert werden.

Alle profitieren vom Zeitkartenangebot

Bevor die geänderten Tarife zum Jahreswechsel umgesetzt werden können, müssen noch die Gremien des VGN

den Änderungen zustimmen. Mit dem Stadtratsbeschluss haben wir den kommunalen Rahmen für einen attraktiveren ÖPNV gesetzt. Für praktisch alle Gruppen der Stadtgesellschaft, seien es nun Rentnerinnen und Rentnern, Familien mit Kindern, die Schülerinnen und Schüler oder auch die Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer werden günstige Optionen angeboten, wenn sie sich länger an die VAG binden. Jetzt geht es auch darum, Bund und Länder an ihre Finanzierungsverantwortung für den ÖPNV als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erinnern. ■

Fest zum Tag der Befreiung Nürnbergs vom Naziterror

Widerstandskämpfer und Zwangsarbeiter mit lebensgroßen Stelen geehrt

VON MICHAEL ZIEGLER

Am 20. April 2015 fand es nun schon zum siebten Mal statt – das Fest unter dem Motto „Nürnberg ist bunt – Fest der Demokratie und Befreiung“. Initiiert wurde das Fest bereits im Jahre 2008 vom Nürnberger SPD-Arbeitskreis gegen Rechts. Als Hauptveranstalter

nem ehemaligen Zwangsarbeiter wurden lebensgroße Stelen angefertigt. Die Forderung der Veranstalter: Nach jeder dieser Persönlichkeiten soll eine Straße Nürnbergs benannt werden. In einem feierlichen Akt wurden bei dem Straßenfest die Stelen enthüllt. „Uns ist es wichtig, den Tag der Befreiung nicht zu vergessen. Vielmehr wünschen wir

Und wir werden uns dafür einsetzen, dass Nürnberg diese Persönlichkeiten nicht vergisst“, so die Veranstalter.

Zu Beginn der Straßenfestes wurde die Stele von Rob Zweermann enthüllt. Er war ein aus den Niederlanden verschleppter Zwangsarbeiter und hat nach dem Krieg viel zur Versöhnung von Deutschen und Niederländern beigetragen. Auf seine Initiative geht das Zwangsarbeitermahnmal am Plärrer zurück. Die Streetartkünstlerin und „Häkelmafia-Aktivistin“ Jutta Leykauff stellte zudem ihr Rob-Fahrrad vor, an dem sie künstlerisch das Leben Zweermanns darstellte. Bürgermeister Christian Vogel enthüllte die Stele von Lorenz Hagen und erinnerte an das Erbe der Widerstandskämpfer. „Nie mehr sollen Nazis die Geschehnisse der Stadt bestimmen. Dafür gehen wir auf die Straße“ so der Bürgermeister in seiner engagierten Rede.



sind nun schon zum sechsten Mal neben der SPD die Offene Kirche St. Klara und die Katholische Hochschulgemeinde (KHG) mit im Boot. Daneben unterstützten weitere 30 Parteien und Organisationen das Fest, darunter auch die Karl-Bröger-Gesellschaft.

Diesmal jährte sich am 20. April 2015 der 70. Jahrestag der Befreiung Nürnbergs. Aus diesem Anlass sollte das Straßenfest an der Königstraße ganz besonders gefeiert werden. Für sechs Nürnberg Widerstandskämpfer und ei-

uns eine lebendige Erinnerungskultur in unserer Stadt.“ so die Veranstalter.

Dabei sollte auch der gewerkschaftliche und sozialdemokratische (Lorenz Hagen), der kommunistische (Ludwig Göhring), der nicht-organisierte (Oskar Pflaumer), der christliche (Alois Jung) sowie der Widerstand der Frauen (Kuni Schumann) gewürdigt werden. Auch an Zeitungsgründer Joseph E. Drexel wurde erinnert. „Seit sieben Jahrzehnten sind wir befreit und an sieben mutige Menschen wollen wir erinnern.

Der Tag endete mit einem Vortrag von Prof. Dr. Hermann Glaser zu seinem neuen Buch „Adolf Hitlers Hetzschrift ‚Mein Kampf‘“. Eine spannende Diskussion folgte den Ausführungen des ehemaligen Kulturreferenten der Stadt Nürnberg.

Die sieben Stelen und auch das Rob-Rad werden weiter in Nürnberg unterwegs sein und auf die Forderungen der Veranstalter aufmerksam machen. Auch 2016 soll es wieder das Fest der Befreiung geben. ■

Termine

06.06.2015 - 10:00 Uhr
SPD Lichtenhof: Infostand

08.06.2015 - 18:30 Uhr
SPD Steinbühl:
Ortsvereinstreffen
Bräustüberl zum Schrödl-
Wirt, Endterstr. 13

09.06.2015 - 09:04 Uhr
SPD Fischbach:
Mitgliederversammlung
Gaststätte TSV Altenfurt,
Wohlauser Str. 16

09.06.2015 - 19:00 Uhr
SPD Gostenhof:
Rundgang zur Umplanung
des Kontumazgartens

09.06.2015 - 19:30 Uhr
SPD Ziegelstein:
Ortsvereinssitzung
Gaststätte TUSPO, Neben-
zimmer, Herrnhüttestr. 75

09.06.2015 - 19:30 Uhr
SPD Johannis:
Aktiventreffen Juni
im Athos, Johannisstr. 118

09.06.2015 - 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Ortsvereinstreffen
SIGENA, Plauenerstr. 7

09.06.2015 - 19:30 Uhr
SPD Eibach/Röthenbach/
Maiach: Ortsvereinssitzung
mit Stefan Schuster, MdL,
Kulturladen, Röthenbacher
Hauptstr. 74

09.06.2015 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf-Mühlhof:
Mitgliederversammlung
Sportgaststätte
SV Reichelsdorf

Ministerin Nahles legt Programm für Langzeitarbeitslose auf

Arbeitsverbot für Flüchtlinge aufgehoben

VON ANGELIKA WEIKERT

Die Jobcenter in Bayern wollen für 3.000 Menschen Perspektiven schaffen

Ein neu aufgelegtes Förderprogramm unserer Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles stößt bei den bayerischen Jobcentern auf großes Interesse. Sie wollen die Chance nutzen und 3.000 Langzeitarbeitslosen eine echte Perspektive bieten. Interessant an diesem neuen Ansatz ist, dass die Betriebe, die Langzeitarbeitslose einstellen, nicht nur einen Lohnzuschuss erhalten, sondern die Menschen individuell durch Jobcoaching begleitet werden. Diese individuelle Unterstützung wird gerade von Beratern in den Jobcentern vor Ort ausdrücklich unterstützt und als wichtiges Element bei der Integration von Langzeitarbeitslosen begrüßt. Andrea Nahles greift hier auf die Erfahrungen aus früheren Programmen zurück und hat einen wesentlichen Baustein für mehr Effizienz in der Vermittlung hinzugefügt. Nach jahrelangem Stillstand

bei der Diskussion um die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen hat das Arbeitsministerium nun mit ihrem Maßnahmenpaket Belebung in die stagnierende Situation der Langzeitarbeitslosigkeit gebracht. Gerade in Bayern hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Im Jahr 2014 waren fast 70.000 Menschen betroffen, die zu einem erheblichen Anteil in Familien leben, wodurch vor allem auch Kinder von den Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Initiative von Andrea Nahles hat eine echte Chance verdient und braucht jetzt Unterstützung aus der Politik. Die SPD-Landtagsfraktion hat die Staatsregierung aufgefordert, bei den Betrieben offensiv für die Umsetzung des Programmes zu werben. Es müssen Betriebe gefunden werden, die bereit sind, Menschen mit langer Arbeitslosigkeit einzustellen und die Jobcenter brauchen Ka-

pazitäten, um die individuelle Beratung und das Coaching effektiv in Angriff nehmen zu können.

Die SPD hat sich auf Bundesebene für die Aufhebung des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge stark gemacht!

Mehr als 35% aller Flüchtlinge und Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, erhalten einen Flüchtlingsstatus und ein längerfristiges Bleiberecht. Deshalb ist es notwendig, mit Maßnahmen zur Integra-



tion frühzeitig zu beginnen. Ein wesentlicher Schritt hierbei ist die Vermittlung von Sprachkenntnissen und die Vermittlung in Arbeit. Der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit hat empfohlen, deutlich mehr Geld in die frühzeitige Deutschförderung zu investieren. Die Aufhebung des Arbeitsverbotes, auch für geduldete Flüchtlinge, ist ein wesentlicher Schritt, damit vor Ort konkret der Arbeitsmarktzugang gefördert werden kann. Erste Erfahrungen in der Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeit werden derzeit in Modellprojekten der Bundesagentur für Arbeit gesammelt.

Die SPD-Landtagsfraktion wird bei der Staatsregierung geeignete Maßnahmen einfordern, die die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft befördern. Da bleiben wir dran! ■

Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen

VON GABRIELA HEINRICH

■ Im Jahr 2050 werden weltweit 2,5 Milliarden Menschen mehr in Städten leben als heute. Diese Urbanisierung findet zu 90 % in Entwicklungsländern statt und stellt diese vor große Herausforderungen. Die Urbanisierung in den Entwicklungsländern betrifft auch uns – allein schon



die Frage, wie diese schnell wachsenden Städte ihre Energieversorgung gestalten, wird erheblichen Einfluss auf das Weltklima haben.

Im Bundestag bin ich die SPD-Berichterstatterin für Urbanisierung und habe gemeinsam mit meinem zuständigen Kollegen von der Union einen Antrag für die Große Koalition erarbeitet, der demnächst abschließend beraten werden soll. Wir fordern darin „Urbanisierungspartnerschaften“ der EU mit Entwicklungsländern und ein Urbanisierungskonzept für die deutsche Entwicklungspolitik, das spätestens nächstes Jahr vorgelegt werden soll.

Wir wollen vor allem die Bereiche Stadtplanung und den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung als Teil der Entwicklungszusammenarbeit stärken. Diese Bereiche kommen bisher zu kurz. Die Planung für Wohnraum, Verkehrswege, Grünflächen etc. ist deswegen so wichtig, weil sich erstmal errichtete Strukturen nur

sehr schwer wieder verändern lassen. Es wird zudem erwartet, dass Städte in nur drei Jahrzehnten so viel zusätzliche Fläche benötigen werden, wie in der Menschheitsgeschichte bislang bebaut wurde. Kompakt geplante Städte benötigen weniger Fläche und verursachen weniger CO₂-Ausstoß.

Bisher wachsen Städte in den Entwicklungsländern meist ungeplant, was zur Bildung von Slums führt. Im Jahr 2014 lebte rund eine Milliarde Menschen in Slums. Diese Zahl wird bei unkontrollierter Urbanisierung bis zum Jahr 2050 auf drei Milliarden steigen. Zu den Slums zählen teilweise auch Flüchtlingsstädte, die wir stärker unterstützen müssen. Das im Juli 2012 eröffnete Flüchtlingslager Zataari in Jordanien ist zum Beispiel mit rund 80.000 Einwohnern – die Hälfte davon unter 18 Jahre alt – bereits eine der größten Städte des Landes.

Ein Leben im Slum bedeutet in der Regel bittere Armut ohne ausreichende Versorgung. Also weder sauberes Trinkwasser noch eine Toilette. Krankheiten breiten sich hier schnell aus. Die Perspektivlosigkeit in den Slums und die Gesetzlosigkeit führen nicht selten zu Gewalt. Wenn wir die schnell wachsenden Städte nicht stärker in der Entwicklungspolitik berücksichtigen, werden wir unsere entwicklungspolitischen Ziele, wie die Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit, nicht erreichen.

Um der Urbanisierung zu begegnen, wollen wir auch Partnerschaften ausbauen. So wollen wir das Programm „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“, an dem auch Nürnberg teilnimmt, fortführen sowie die Zusammenarbeit zwischen deutschen Kommunen und Kommunen in Entwicklungsländern mit neuen Konzepten fördern. ■

Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

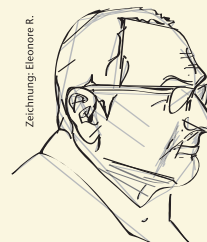
Darf man die Welt täuschen, wenn es einem guten Zweck dient? Man darf, beispielsweise die Millionen Nürnbergbesucher, die hier in des Reiches einstigem Schatzkästlein eine altfränkische Idylle suchen und finden, obwohl alles nach 1945 nur mehr nachgemacht ist.

Nun also sollen auch die ebenfalls nachgeahmten und bislang im Rathausfoyer ausgestellten Reichskleinodien ein weiteres

Mal kopiert werden. Weil Markus Söderes für seine Kaiserburg so möchte. Söder ist als bayerischer Finanzminister quasi der Burgherr von Nürnberg. Dagegen ist schwer anzukommen.

Und wenn er klonen will, dann wird er klonen. Schliesslich gibt es heutzutage den 3D-Drucker.

Wir haben da einen anderen Vorschlag. Der CSU-Mann Söder kann ja nicht dauernd auf der Burg präsent sein. Regiert wird immer noch in München. Es dürfte ihm aber ein leichtes sein, den örtlichen Akademiepräsidenten Ottmar Hörl zu einer Neuauflage seiner beliebten Massenplastikaktionen zu überreden. Man ahnt es schon: Der Klon wäre diesmal unser heimischer Staatsminister selbst. Das Ergebnis dürfte nicht nur Gäste aus Japan und China in Verzückerung versetzen: 5.000 nachts beleuchtete bunte Söder-Zverge auf Mauern und Steinklippen mit zuversichtlich nach oben gereckten Daumen. Nur einer könnte es nicht lustig finden: Horst Seehofer. Aber der kommt dann halt einfach gar nicht mehr in die Frankenmetropole.



Zeichnung: Eleonore R.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Rüdiger Löster

Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss,

Andreas Mittelmeier, dsp@spd-nuernberg.de

Redaktionsanschrift:

der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,

90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389651

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie

Zeitung der SPD Nürnberg

und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

09.06.2015 - 20:00 Uhr
 SPD Großründlach:
 Mitgliederversammlung
 SFG-Sportheim Würzburger
 Straße 61

10.06.2015 - 18:00 Uhr
 AG Migration:
 Mitgliederversammlung
 im Sitzungszimmer der
 SPD

10.06.2015 - 18:00 Uhr
 SPD Gebersdorf/Großreuth:
 Aktiventreff
 Gasthof Mouzaki,
 Alte Wallensteinstr. 158

12.06.2015 - 18:00 Uhr
 SPD Nordostbahnhof
 Kirchweihöffnung
 mit Bürgermeister Christian
 Vogel, Kirchweiplatz

14.06.2015 - 11:00 Uhr
 SPD Nordostbahnhof
 Kirchweihfrühschoppen
 Kirchweiplatz

16.06.2015 - 19:30 Uhr
 SPD Siedlungen Süd:
 Aktivensitzung

17.06.2015 - 19:30 Uhr
 SPD Hummelstein:
 Mitgliederversammlung
 Referent: Bürgermeister
 Christian Vogel, im Gast-
 haus Galvani, Galvanistra-
 ße 10

19.06.2015 - 19:00 Uhr
 Kirchweih in Eibach:
 SPD-Stammtisch zum
 Bieranstich

SPD-Abgeordneter begibt sich ins Dunkel

Aktion „Bayern barrierefrei“ läuft an

Der Landtagsabgeordnete Arif Tasdelen informierte sich am 04.05.2015 über die aktuelle Situation von Blinden und sehbehinderten Menschen. Zwei Themen lagen dabei im Fokus. Die finanzielle Unterstützung von Kommunen beim barrierefreien Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, sowie der barrierefreie Zugang zu Ämtern und Behörden.

Zunächst machte sich Tasdelen bei einer Begehung mit einer Simulationsbrille persönlich mit dem Blindenleitsystem am Bahnsteig Friedrich-Ebert-Platz vertraut. Für Nürnberg gibt es bereits ein fortschrittliches Blindenleitsystem, welches sich Betroffene auch in ländlicheren Regionen wünschen würden. Diese sind in Bayern jedoch leider noch die Ausnahme. Der Abgeordnete Tasdelen sieht die Kommunen hier alleine gelassen. „Wenn auch zukünftig keine zusätzlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, sieht es schlecht aus für betroffene Menschen“.

Anstatt der versprochenen 200 Mio wurden vom Bayerischen Staatsministerium, für die kommenden 2 Jahre, lediglich 20 Mio zusätzliche Gelder bereitgestellt. Das reicht jedoch nicht ansatzweise, kritisieren Oppositionsparteien. Um den Forderungen eines barrierefreien Bayerns bis 2023 gerecht zu werden, wären weitere 176 Mio. nötig. Bei einem anschließenden Fachgespräch im Dun-

kelcafé ging es unter anderem um die selbst bestimmte Lebensführung von Menschen mit Sehbehinderung. Betroffene, sowie Herr Prechter, Bezirksgruppenleiter der Bezirksgruppe Mfr. und Herr Weber, Sozialabtei-

lung Mittelfranken des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes e. V. (BBSB), bestätigten, dass Barrieren im Kontakt mit Ämtern und Behörden leider noch gang und gäbe sind.

Seit es seinen Beruf „Telefonist“ nicht mehr gibt ist Gustav* auf der Suche nach einem neuen Job. Die Kommunikation mit dem Jobcenter ist für den blinden Mann jedoch unmöglich. Formalitäten werden in

der Behörde ausschließlich schriftlich geregelt. „Ich kann Briefe nicht lesen. Mit einem Anruf oder einer Mail könnte ich jedoch gut arbeiten.“ sagte der Betroffene. Individuelle Regelungen mit den jeweiligen Sachbearbeitern waren bisher jedoch aussichtslos!

„Die Gesellschaft braucht auch Barrierefreiheit in den Köpfen“ fordert Arif Tasdelen. „Es sollte selbstverständlich sein, dass man mit blinden Menschen nicht per Post kommuniziert.“ Gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen im Landtag, setzt sich der Abgeordnete dafür ein, Informationen und Angebote der Landesbehörden barrierefrei zugänglich zu machen. ■

*Name geändert



Einladung zu den Parteiausschüssen

Unsere nächsten Parteiausschüsse sind parteiöffentlich.
 Interessierte Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.

Chancen der Einwanderung nutzen

Was kann ein
 Zuwanderungsgesetz leisten?
 Donnerstag, 11. Juni um 18 Uhr
 im Karl-Bröger-Zentrum

Lern- und Erfahrungsort Zeppelinfeld

Sanieren, trittfest machen
 oder verfallen lassen?
 Donnerstag, 17. September mit Führung
 ab 17:30 Uhr über das Gelände und Diskus-
 sion ab 19:30 Uhr
 im Gutmann am Dutzendteich

Seminarwochenende der Jusos

Kritische Auseinandersetzung mit kulturellen Klischees

VON JULIAN MATSCHINSKE

Die Nürnberger Jusos treffen sich bekanntlich jeden Montag, um zu diskutieren und ihren politischen Standpunkt zu finden, sind rege Demoteilnehmer und außerdem häufig bei der Organisation von diversen Infoständen beteiligt. Aber die Gelegenheit,



sich näher kennen zu lernen, mehr über persönliche Hintergründe zu erfahren und längere Zeit miteinander zu verbringen ergibt sich meistens nur am Rande. Deshalb war es an der Zeit, nach fünf Jahren wieder ein Seminarwochenende zu veranstalten. Mitte April fuhren also etwa 15 Jusos nach Kirchensittenbach, um genau das nachzuholen.

Der Freitag gestaltete sich entspannt, denn nach der Anreise waren zunächst das Beziehen der Zimmer und Abendessen angesagt. Danach standen diverse Kennenlernspiele auf dem Programm, deren Spieldauer oft von der Kombinationsfähigkeit der Spielteilnehmer abhing. So galt es etwa eine zum Zwecke der Verwirrung vorgespielte Persönlichkeitsstörung herauszufinden, oder verschiedene Rätsel zu lösen. Sehr zur Freude mancher Jusos gab es auch eine Sauna, deren Fassungsvermögen häufig voll ausgeschöpft – wenn nicht sogar überstrapaziert – wurde.

Der Samstag war dann ganz den Themen „kulturelle Unterschiede“ und „kulturbe-

dingte Missverständnisse“, sowie dem Thema „Entstehung von Rassismus“ gewidmet. Wir konnten zwei Referenten von Xenos e. V. gewinnen, die uns diese wichtigen Themen anschaulich gemacht und ihre Hintergründe aufgezeigt haben. Ja, es gelang sogar die Themen so anschaulich zu machen, dass manche von uns die Mechanismen von Ausgrenzung und Ablehnung im Rahmen eines Spiels am eigenen Leib zu spüren bekamen. Es wurden uns zudem einige Gründe aufgezeigt, die für viele kulturelle Missverständnisse verantwortlich sind.

Dazu gehört etwa das vorschnelle Übertragen von kulturspezifischen Interpretationen auf fremde Kulturen. Diese „Kulturbrille“ wurde so für uns sichtbar und wir

dazu angehalten, sie doch das ein oder andere Mal abzulegen. Alles in allem kann man sagen, dass dieser Tag zwar viel Spaß gemacht, uns aber trotzdem sehr nachdenklich hinterlassen hat. Seine Erkenntnisse werden uns sicher weiter begleiten. Manche hat er so erschöpft hinterlassen, dass schon früh das Bett aufgesucht wurde, andere ließen ihn bei „Werwölfe“ – einem Gesellschaftsspiel – und dem ein oder anderen alkoholischen Getränk ausklingen.

Doch wir wären nicht die Jusos, wenn nicht auch am darauf folgenden Tag weiterdiskutiert worden wäre. Nach der eher inhaltlichen Arbeit wurden nun strategische und organisatorische Überlegungen angestellt. Die Gelegenheit war günstig, zwischen der Alltagsarbeit bestehende Strukturen zu Arbeitsweisen zu überdenken. Das Wochenende war ohne Zweifel gewinnbringend und wird unsere künftige politische Arbeit bereichern. Es wird bestimmt keine weiteren fünf Jahre dauern, bis die Jusos das nächste Hotel heimsuchen. ■

Termine

20.06.2015 - 14:00 Uhr
Johanniskärwa
 Infostand OV Johanniskärwa
 vor der Post, Adam-Kraft-Straße 16, bis 16:00 Uhr

20.06.2015 - 18:00 Uhr
SPD Eibach-Röthenbach:
Sonnwendfeier
 am Schweinauer Buck,
 Brandrede: Angelika Weikert (Lantagsabgeordnete)

22.06.2015 - 19:00 Uhr
SPD Lichtenhof:
Ortsvereinsitzung
 mit Baureferent Ulrich,
 Gemeindezentrum der Gustav-Adolf-Kirche

23.06.2015 - 17:00 Uhr
Mieterbüro der SPD Nürnberg: Sprechtag
 Kompetente Erstberatung ohne Kosten: Brigitte Reuter und Rechtsanwalt Winfried Berg stehen den Ratsuchenden zur Seite. Die Anlaufstelle für Bürger bildet keine Konkurrenz zu den Mieterschutzvereinen, denn das Mieterbüro bietet lediglich eine Erstberatung. Wenn Sie Probleme als Mieter haben, wenden Sie sich an uns: Terminvereinbarung notwendig, Tel: 438960. (Telefonberatung kann nicht stattfinden.)

24.06.2015 - 19:30 Uhr
SPD Rangierbahnhof:
Aktivensitzung
 Sportgaststätte ESV Rangierbahnhof, Friedrich-List-Weg 10

25.06.2015 - 17:30 Uhr
Gebersdorfer Kärwa:
SPD- Tisch


 INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLEMAGNE Port payé

Termine

25.06.2015 - 17:00 Uhr
AfA SPD Nürnberg: Sitzung
SPD Sitzungszimmer, Karl-Bröger-Straße 9

25.06.2015 - 19:00 Uhr
SPD Gartenstadt:
Aktivensitzung
Gaststätte Gesellschafts-
haus Gartenstadt, Buchen-
schlag 1

29.06.2015 - 18:00 Uhr
AsF: Sitzung
Sitzungszimmer der SPD

01.07.2015 - 19:00 Uhr
AfB: Aktiventreffen
Sitzungszimmer der SPD

02.07.2015 - 18:30 Uhr
SPD Muggenhof-Doos:
Jahresempfang mit Verlei-
hung der Roten Luftpumpe
Verleihung an die Karne-
vals-gesellschaft Mugge-
nesia. Ehrengast: Oberbür-
germeister Dr. Ulrich Maly
und Muggenesia-Gründer
Ernst Weigel. Kulturwerk-
statt 141 auf AEG, Muggen-
hofer Str. 141

03.07.2015 - 12:00 Uhr
SPD Lichtenhof: Beteili-
gung am Südstadtfest
vom 03. Juli bis 05. Juli 2015
im Annapark

03.07.2015 - 17:30 Uhr
Großreuther Kärwa:
SPD-Tisch



MITMACHEN!
Jeder kennt Barrieren,
die das Leben im Alltag erschweren.
www.bayernbarrierefrei.de
Hier könnt ihr einfach eine „Fundstelle
einreichen“ und nähere Informationen
zur Kampagne erhalten.

Barrierefreiheit geht uns alle an!

■ Barrierefreiheit betrifft nahezu jeden Lebensbereich – für die BayernSPD eine zentrale Frage des modernen Miteinanders.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und öffentliche Mobilität

Wir werden die Mobilitätschancen aller Menschen durch einen barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr verbessern. Auch für die Infrastruktur vor Ort ist eine barrierefreie Planung sozial und modern. Der öffentliche Raum muss für alle Menschen nutzbar sein.

Barrierefreies Arbeiten

Wir stehen für einen offenen Arbeitsmarkt, der gesunde und sichere Arbeitsbedingungen bietet. Erhalt und Wiedereinstieg von Berufstätigkeit soll genauso möglich sein wie ein beruflicher Aufstieg. Zur Barrierefreiheit gehört auch ein barrierefreier Arbeitsplatz. Jedem Arbeitnehmer und jeder Arbeitnehmerin sollte Barrierefreiheit am Arbeitsort ermöglicht werden.

Barrierefreie Bildung

In der UN-Behindertenrechtskonvention ist festgelegt, dass „Menschen nicht aufgrund ihrer Behinderung vom allgemeinen Schulsystem ausgeschlossen werden dürfen“ (Art. 24, Abs. 2a). Die SPD setzt sich dafür ein, dass das gemeinsame Lernen von Menschen ohne und mit Behinderung in Kindergärten und -tagesstätten, Schulen, Hochschulen sowie Einrichtungen der Weiterbildung eine Selbstverständlichkeit wird.

Barrierefreies Bauen und Wohnen

Barrierefreies Bauen ist weit mehr als nur „senioren-, alters- oder behindertengerechtes Bauen“. Es geht darum, den normalen Lebensablauf eines jeden Menschen zu berücksichtigen und eine Wohnung so zu gestalten, dass man darin alt werden kann.

Barrierefreies Internet

Immer mehr Alltagstätigkeiten finden über das Internet statt. Online „surfen“ heutzutage immer mehr ältere Menschen und Personen mit Behinderung – ein barrierefreier Zugang zu digitalen Inhalten und Dienstleistungen wird deshalb immer wichtiger. ■

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Juli 2015!